Berufsbildung hält Türen offen

Zur Kontroverse um den Lehrerberuf

Unsere Berufsausbildung in der Schweiz ist das Fundament unserer Wirtschaft. Nirgendwo sonst lernt man die Praxis besser kennen als dort, wo sie täglich erlebt wird.

Wir als Gesellschaft sind gefordert, zu akzeptieren, dass nicht alle eine akademische Laufbahn einschlagen müssen, um erfolgreich im Leben zu sein. Erfolg ist individuell und wird nicht anhand von Kaderstufen, Boni oder Anzahl unterstellter Mitarbeiter gemessen. Die Sinnhaftigkeit der Arbeit, ein gut funktionierendes Arbeitsteam und eine gerechte Entlöhnung sind viel zentraler.

Was können wir tun, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken? Die Grenzen zu öffnen, mag kurzfristig funktionieren, ist aber langfristig nicht nachhaltig. Aufrichtige Wertschätzung und Anerkennung der Leistungen gegenüber allen Berufsgruppen ist viel zukunftsgerichteter.

In einigen Ländern auf dieser Welt sind gute und verlässliche Handwerker Mangelware, was dazu führt, dass manche Berufsgruppen zu den bestverdienenden des Landes gehören.

In Australien ist mittlerweile einer der bestbezahlten Jobs der des Sanitär. Denn fast niemand möchte diese Arbeit mehr machen, aber alle benötigen diese Dienstleistung. Daher verdienen Angehörige dieser Berufsgruppe so viel, dass sie mittlerweile die schönsten Villen und teuersten Jachten besitzen. Wollen wir auch solche Verhältnisse bei uns?

Liebe Gesellschaft, bitte ermutigt unsere nächste Generation, den Weg der Berufsausbildung einzuschlagen. Auch nach der Berufsausbildung stehen alle Türen für Weiterbildungen offen, und der Rucksack ist schon gut gefüllt mit bereits gemachten Berufs- und Lebenserfahrungen.

Stefan Ott, Schwyz

Ich trete nun doch zurück

Zum Gemeinderat Unteriberg – Rücktritt von Hanspeter Hohl

Habe mich doch anders entschieden. Nach zwei Legislaturen werde ich als Gemeinderat in Unteriberg per 30. Juni zurücktreten. Ich bin nun der 15. Gemeinderat, der seit dem Jahr 2012 zurücktritt. Jetzt habe ich genug von ewigem Machtgehabe, Lügen und Intrigen. Seit vier Jahren ist der Gemeinderat kein Team mehr und ist weit entfernt vom Kollegialitätsprinzip.

Ich habe als Baupräsident mit der Kommission stets korrekte Entscheide gefällt, wofür ich mich bei der Kommission bedanke. Es gab aber auch Gemeinderatsentscheide gegen die Baukommission, nur um den Bauherrn zu schützen. Die daraus folgenden Gerichts- und Anwaltskosten muss der Steuerzahler berappen, was überhaupt nicht nachvollziehbar ist.

Alle Kommissionen leisten gute Arbeit, sind aber unzufrieden, da sie vom Gemeinderat zu wenig unterstützt werden. Ich versuche seit Jahren, einigen Komponenten zu erklären, dass der Gemeinderat aus sieben Gemeinderäten besteht und gemeinsam Entscheide gefällt werden. Trotzdem wird weiterhin eigenmächtig gehandelt und entschieden. Die Gemeinde Unteriberg braucht für die neue Legislatur zwei neue Gemeinderätinnen oder -räte, hoffentlich Kandidaten mit eigener Meinung.

Hanspeter Hohl, Gemeinderat, Unteriberg

Schaffung eines Seilbahnkorridors

Zum Leserbrief von Meinrad Grüniger

Der Leserbrief von Meinrad Grüniger blendet den Sachstand der Diskussion rund um die geplante Gondelbahn an der geschützten Rigi-Südflanke (BLN 1606) aus und ist reine Polemik. Ich erinnere daran, dass es neben dem Schutz der Landschaft um die drohende Zerstörung des Weggiser Chilewalds geht.

Eine Gondelbahn mit 13 Masten, für die ein viel zu breiter Seilbahnkorridor ausgeschieden wurde, ist das falsche Bahnsystem. Wiederholt haben die Rigi Bahnen mit Fake-Visualisierungen, die dem Realitätscheck nicht standhalten, über die vom Vierwaldstättersee aus grosse Anzahl von gut sichtbaren Masten und die drohende «Wöschhänki» hinweggetäuscht.

Die späteren elf Baustellen mit Baupisten, die den Zugang zu den 13 Masten gewährleisten und einen erheblichen Eingriff in die geschützte Landschaft bedeuten, sowie die dazu nötigen zusätzlichen Rodungen im Weggiser Schutzwald fehlten im Plangesuch der Rigi Bahnen zuhanden des Bundesamts für Verkehr. Besonders stossend ist, dass die Rodungen für viele Baupisten nicht ausgewiesen worden sind! Ein 1:1-Ersatz der bestehenden Weggiser Pendelbahn ist bezüglich Umsetzung die umweltverträglichere Lösung.

Die Pendelbahn hat grosse Spannweiten und fährt – anders als eine Gondelbahn – über das Gelände und den Schutzwald hinweg. Sie bietet mit drei Seilen und drei Masten an gleichen Standorten die höchstmögliche Sicherheit und kann stärkeren Winden trotzen als eine Gondelbahn. Die Pendelbahn ist nicht nur ein kapazitätsstarkes, sondern auch ein schnelles Verkehrsmittel.

Der 1:1-Ersatz der Pendelbahn ist nicht nur sicherheits- und wettermässig robuster. Er ist auch bewilligungstechnisch wasserdicht, weil die Umweltverträglichkeit der Pendelbahn bereits seit über 50 Jahren gegeben ist.

René Stettler, Kulturwissenschaftler, Rigi Kaltbad

Ihr Leserbrief

Der «Bote der Urschweiz» versteht sich als Forums-Zeitung, die den verschiedenen Meinungen und Ansichten zur Verfügung steht. Trotzdem gelten aber auch für Leserbriefe einige Regeln.

Ihr Leserbrief muss mit Name, Vorname, genauer Adresse und Telefonnummer versehen sein, damit uns die Urheberschaft zweifelsfrei bekannt ist und Rückfragen möglich sind.

Kurze Leserbriefe haben eher eine Chance, abgedruckt und gelesen zu werden.

Der Föhn als Künstler

Was fliegt denn hier? Was wie ein Ufo aussieht, ist eine vom Föhn geformte Wolke über dem Urnersee neben dem Fronalpstock. Fotografiert hat das spezielle Wolkengebilde «Bote»-Leser Mathias Kälin von Sattel aus. Leserbild: Mathias Kälin, Steinerberg

In Arth braucht es eine Autobahneinfahrt

Zu den Wahlen 2024

Arth braucht dringend eine Autobahneinfahrt Richtung Immensee-Küssnacht. Wer von den zur Wahl stehenden Kantons- und Regierungsratskandidaten setzt sich für dieses dringende Anliegen der Automobilisten ein?

Beat Studer, Präsident Automobilclub der Schweiz ACS, Sektion Schwyz-Uri, Arth

Warum eigentlich nicht?

Zu Alpin Solar Ybrig

Man muss sie nicht schön finden, diese Solarmodule an der Südflanke von unserem Roggenstock. Aber wer von uns muss sie täglich ansehen? Vom Dorf Oberiberg aus sind sie nicht zu sehen. Die Solartechnologie ist faszinierend, schon bei Tageslicht (und nicht nur, wenn die Sonne scheint) kommt von so einer Platte einfach Strom raus, lautlos und tagtäglich.

Jeder von uns braucht Strom – je länger, je mehr. Warum also produzieren wir den nicht bei uns vor Ort? Wenn wir Oberiberger dem Projekt am 3. März an der Urne zustimmen, ist es noch lange nicht gebaut. Dann folgt das normale Baubewilligungsverfahren.

Warum also sollen wir bereits in dieser Phase das Projekt verwerfen und es verhindern? In unsere Gemeindekasse spült es Geld, ohne dass wir etwas dafür tun müssen. Wo gibts denn so etwas noch, Geld zu bekommen und nichts dafür tun zu müssen?

Wir haben die Chance, in unserem Dorf etwas Neues und Innovatives mit viel Strahlkraft für das ganze Land zu erhalten. Ich selber weiss, was Solartechnologie kann. Ich befasse mich seit über zehn Jahren mit der Thematik und durfte inzwischen viele Solaranlagen bauen. Daher ein überzeugtes Ja von mir in die Urne am 3. März.

Pius Holdener, Geschäftsführer Solarwerk GmbH, Oberiberg

Widerstand ist ein Marathon

Zum Bundesasylzentrum Buosingen

Es ist nun einige Wochen her, seit die Bevölkerung des Kantons Schwyz darüber in Kenntnis gesetzt wurde, dass in der Gemeinde Arth ein Bundesasylzentrum entstehen soll. Viel wurde daraufhin geschrieben, diskutiert, geflyert und auch gestritten.

Während der Gemeinderat Arth und der Regierungsrat Schwyz nicht müde werden, die angeblich positiven Umstände dieses Projekts zu betonen, ist in der Bevölkerung ein grosses Unbehagen spürbar. Insbesondere die Bürger der Gemeinde Arth können abschätzen, dass durch das Bundesasylzentrum die indirekten Kosten für die Gemeinde exorbitant steigen werden.

Ein Ortsbild, überflutet mit Personen aus dem Nahen und Fernen Osten, ein noch unsichererer Bahnhof oder auch höhere Sicherheitskosten für die ansässigen Geschäfte sind nur ein Teil dieser indirekten Kosten. Mein Leserbrief zielt aber hier auf etwas anderes ab. Die Taktik des Gemeinderats und des Regierungsrats ist klar: Beide Institutionen spielen auf Zeit, da sie zu glauben meinen, dass in einigen Monaten (hoffentlich) Gras über die Sache gewachsen ist. Die Wahlen werden vorbei sein, und die Bevölkerung wird sich schon irgendwie mit diesem schädlichen Projekt abgefunden haben.

So weit die Hoffnungen unserer «Volksvertreter». Deshalb möchte ich hier nun in aller Deutlichkeit noch einmal darauf hinweisen: Widerstand ist immer (!) ein Marathon und kein Sprint.

Wir werden uns gemeinsam höchstwahrscheinlich über Jahre immer und immer wieder in jeglicher Form gegen ein Bundesasylzentrum im Kanton Schwyz und in der Gemeinde Arth wehren müssen. Dies ist keine schöne Angelegenheit, aber eine sehr wichtige. Tun wir es für unsere schöne Heimat.

Mattia Mettler, Präsident Junge SVP Kanton Schwyz, Arth

Alt-Bundesräte machen hässig

Zur Abstimmung über die 13. AHV-Rente

Es gibt sehr viele Rentner, die kaum über die Runden kommen mit der Rente und der EL. Wie heisst es doch so schön: Falls die Rente nicht reicht, einfach eine EL verlangen.

Das ist ein Witz! Von einfach kann keine Rede sein. Es entsteht in der Regel ein Dossier, das aufwendiger ist als im Nachhinein die Höhe der EL, denn diese wird, wenn möglich, sehr tief gehalten, das heisst eine Maximal-AHV-Rente plus eventuell Prämienverbilligung (maximal 2800 bis 3000 Franken). Dass das heute nicht mehr reicht, kann sich jeder selber ausrechnen, angesichts der horrenden Mieten. Und was machen die, die noch ein wenig Pensionskassen-Gelder haben? Vor Bezug einer EL muss dieses Geld verbraucht werden.

Ich finde es dreist und erfrechend, dass die «Old»-Bundesräte einen Brief gegen eine 13. AHV-Rente veröffentlichten. Angesichts der Tatsache, dass jeder von ihnen einfach mal 250 000 Franken Rente bekommt im Jahr (nicht verdient/nicht braucht). Es macht mich hässig, dass diese Herren und Damen (Deiss, Couchepin, Ogi, Leuthard, Schneider-Ammann und Co) sich anmassen, den einfachen Rentnerinnen und Rentnern eine 13. AHV-Rente zu missgönnen. Zumal die AHV ein fettes erspartes Polster hat, von etwa 50 000 000 000 Franken.

Ich habe da eine Idee. Wie wäre es doch viel menschlicher, wenn z. B. genau jene Magistraten jedes Jahr die Hälfte der Rente (unverdientes Geld) zurückzahlen würden in die AHV-Kasse? Und auf die 13. AHV-Rente könnten sie freiwillig verzichten, oder? Sie hätten ja trotzdem genug mit ihrer Rente.

Lisa Büeler, Brunnen